

Hauptsatzung der Residenzstadt Neustrelitz

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV MV) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. S. 467), wird nach Beschluss der Stadtvertretung vom 18.05.2020 und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung erlassen:

§ 1 Name, Wappen und Dienstsiegel

(1) Die Stadt führt den Namen Neustrelitz. Sie führt die Bezeichnung „Residenzstadt“.

(2) Die Residenzstadt Neustrelitz führt das folgende Wappen:

„In gespaltenem Schild vorn in Rot ein aus einer silbernen Wolke am Spalt wachsender silberner Arm mit Ärmel, an dessen Saum eine fliegende Schleife, in der Hand ein goldener diamantenbesetzter Ring; hinten in Gold ein hersehender schwarzer Stierkopf mit aufgerissenem Maul, silbernen Zähnen, ausgeschlagener roter Zunge, abgerissenem Halsfell, dessen Randung bogenförmig ausgeschnitten ist und sieben Spitzen zeigt und mit silbernen Hörnern, auf der Stirn eine goldene Fürstenkrone, von der fünf mit Blattornamenten und Perlen abwechselnd besteckte Zinken sichtbar sind.“

(3) Die Residenzstadt Neustrelitz führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen und der Umschrift RESIDENZSTADT NEUSTRELITZ.

(4) Die Verwendung des Wappens durch Dritte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters.

§ 2 Rechte der Einwohner

(1) Der Bürgermeister unterrichtet die Einwohner durch das amtliche Bekanntmachungsblatt „Strelitzer Echo“ über allgemein bedeutsame Angelegenheiten und beruft bei Bedarf örtlich begrenzte Einwohnerversammlungen durch öffentliche Bekanntmachung ein.

(2) Die Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde zu Beginn des öffentlichen Teils der Stadtvertreterversammlung, Fragen an alle Mitglieder der Stadtvertretung und den Bürgermeister zu stellen sowie Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen die sich dabei auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Stadtvertretung beziehen, werden in der Sitzung nicht beantwortet.

(3) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung über wichtige Angelegenheiten zu berichten.

§ 3 Stadtvertretung

(1) Die in die Stadtvertretung gewählten Bürger führen die Bezeichnung Stadtvertreter.

(2) Der Vorsitzende der Stadtvertretung führt die Bezeichnung Stadtpräsident.

(3) Die Stadtvertretung wählt aus ihrer Mitte eine erste und eine zweite Stellvertretung des Stadtpräsidenten. Zusammen bilden sie das Präsidium der Stadtvertretung.

§ 4

Sitzungen der Stadtvertretung

- (1) Die Stadtvertretungssitzungen sind öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen von der Sitzung ausgeschlossen:
1. einzelne Personalangelegenheiten, außer Wahlen und Abberufungen
 2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner
 3. Grundstücksangelegenheiten
 4. Rechnungsprüfungsangelegenheiten, außer dem Abschlussbericht.

§ 5

Hauptausschuss

- (1) Dem Hauptausschuss gehören neben dem Bürgermeister 10 Mitglieder der Stadtvertretung an. Die Stadtvertretung wählt neben diesen weitere 10 Mitglieder der Stadtvertretung als stellvertretende Hauptausschussmitglieder.
- (2) Außer den ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen dem Hauptausschuss alle Entscheidungen, die nicht in die ausschließliche Kompetenz der Stadtvertretung fallen bzw. nicht dem Bürgermeister übertragen werden. Davon unberührt bleiben die dem Bürgermeister gesetzlich übertragenen Aufgaben, insbesondere die Geschäfte der laufenden Verwaltung.
- (3) Der Hauptausschuss erhält die Befugnis,
- a) Verträge der Stadt mit Mitgliedern der Stadtvertretung und der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und den leitenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung bis zu einer Wertgrenze von 10.000 € zu genehmigen,
 - b) über- und außerplanmäßige Aufwendungen im Ergebnishaushalt und/oder über- und außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt von mehr als 10.000 € bis zu 25.000 € zuzustimmen. Ausgenommen davon sind zahlungsunwirksame neue oder zusätzliche Aufwendungen wie z.B. Abschreibungen.
 - c) über den Abschluss von städtebaulichen Verträgen zwischen 15.000€ und 500.000 € zu entscheiden.
 - d) Entscheidungen zu Verfügungen über städtisches Vermögen in den nachfolgend bestimmten Wertgrenzen zu fassen:
 - Erwerb und Veräußerung von beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten über einem Wert von 5.000 € bis zu 100.000 €,
 - Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten über einem Wert von 5.000 € bis zu 100.000 €, bei Erbbaurechten ist der maßgebliche Wert der Verkehrswert des Grundstückes,
 - Rangrücktrittserklärungen über einen Wert von 375.000 € bis zu einer Wertgrenze von 500.000€.

- e) Beschlüsse über die Hingabe von Darlehen bis zu 100.000 € und bei Aufnahmen von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes innerhalb einer Wertgrenze bis zu 1,0 Mio. € zu fassen.
- f) über Auftragsvergaben nach VOB und UVgO ab einem Wertumfang über 100.000 € zu entscheiden.
- g) bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen von Forderungen der Stadt Neustrelitz in folgender Höhe zu entscheiden:

. Stundungen	über 15.000 €
. Niederschlagungen	über 5.000 €
. Erlasse	über 500 €
- (4) Der Hauptausschuss trifft Personalentscheidungen, soweit sie nicht dem Bürgermeister vorbehalten sind. Er entscheidet über gleichzeitige Kündigungen von mehr als 10 Mitarbeitern der Stadt.
- (5) Entscheidungen über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV MV von 100 € bis 1.000 € trifft der Hauptausschuss.

§ 6 Ausschüsse

- (1) Die ständigen beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung setzen sich, soweit nichts anderes bestimmt ist, aus 10 Mitgliedern zusammen. Davon können bis zu 3 sachkundige Einwohner sein. Für die Besetzung der Ausschüsse gilt das Verhältniswahlrecht und damit auch für die Besetzung mit sachkundigen Einwohnern. Jede Fraktion/Zählergemeinschaft kann max. einen sachkundigen Einwohner pro Ausschuss benennen. Das Vorschlagsrecht haben zuerst die Fraktionen/Zählergemeinschaften mit den meisten Sitzen.

- (2) Folgende Ausschüsse werden gebildet:

<u>Name</u>	<u>Aufgabengebiet</u>
1. Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau	Stadtentwicklungs-, Bau-, Verkehrs- und Umweltangelegenheiten sowie Wirtschaftsförderung
2. Ausschuss für Bildung und Soziales	Jugend, Sport, Schulentwicklung, Kitaentwicklung, Soziales
3. Ausschuss für Kultur und Tourismus	Kultur, Tourismus, Städtepartnerschaften

Die Ausschüsse 1,2 und 3 tagen öffentlich. § 4 gilt entsprechend.

Folgende Ausschüsse werden mit 7 aus der Stadtvertretung zu wählenden Mitgliedern besetzt:

4. Finanzausschuss	Finanz- und Haushaltswesen, Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Abgaben
5. Rechnungsprüfungsausschuss	Begleitung der Haushaltsführung

Die Ausschüsse 4 und 5 tagen nichtöffentlich.

Die Stadtvertretung wählt für die Mitglieder in den Ausschüssen auch deren stellvertretende Mitglieder.

- (3) Zeitweilig kann ein Sonderausschuss mit 5 Stadtvertretern gebildet werden. Fraktionen, die keine gewählten Mitglieder haben, können mit jeweils einem Mitglied beratend teilnehmen.
Der Ausschuss hat die Aufgabe, Verwaltungsangelegenheiten zu untersuchen.
Durch Beschluss der Stadtvertretung wird die Aufgabe konkretisiert und die Bildung und Auflösung des Ausschusses geregelt.

§ 6a Beiräte

- (1) Die Stadtvertretung kann zu besonderen Themen die Bildung von Beiräten beschließen, welche die städtischen Gremien beraten und bei der politischen Entscheidungsfindung unterstützen sollen.
- (2) Die näheren Einzelheiten, insbesondere die Aufgaben und die Zusammensetzung, werden durch eine jeweils durch die Stadtvertretung zu beschließende Satzung geregelt. Zusätzlich können sich die Beiräte eine Geschäftsordnung geben.
- (3) Die Auflösung eines Beirats erfolgt durch Beschluss der Stadtvertretung.

§ 7 Anfragen

Anfragen der Stadtvertretung gem. § 34 Abs. 3 KV MV müssen in einer Frist von 21 Tagen schriftlich durch den Bürgermeister beantwortet werden. In begründeten Ausnahmefällen verlängert sich diese Frist. Der Bürgermeister hat den Anfragenden zu unterrichten.

§ 8 Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeister wird für 7 Jahre gewählt.
- (2) Dem Bürgermeister wird die Befugnis übertragen,
- a) über- und außerplanmäßige Aufwendungen im Ergebnishaushalt und/oder über- und außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt bis zu einer Wertgrenze von je 10.000,00 € zuzustimmen. Für zahlungsunwirksame neue oder zusätzliche Aufwendungen wie z. B. Abschreibungen ist der Bürgermeister zuständig.
 - b) Vermögensverfügungen bis zu einer Höhe von 5.000,00 € zu treffen.
Für Rangrücktrittserklärungen ist der Bürgermeister bis zu einer Wertgrenze von 375.000,00 € zuständig.
 - c) über Auftragsvergaben nach VOB und UVgO bis zu 100.000,00 € zu entscheiden.
 - d) über den Abschluss von städtebaulichen Verträgen bis zu einer Wertgrenze von 15.000,00 € zu entscheiden.
 - e) bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen von Forderungen der Residenzstadt Neustrelitz in folgender Höhe zu entscheiden:
 - . Stundungen bis 15.000,00 €
 - . Niederschlagungen bis 5.000,00 €
 - . Erlasse bis 500,00 €
 - . Vergleiche (Erlasse, Stundungen) im Rahmen der Insolvenzordnung

f) im Rahmen des Erschließungs- und Ausbaubeitragsrechts über Abschnittsbildungen, Kostenspaltungen und Festlegungen von Abrechnungseinheiten zu entscheiden.

g) über die Zustimmung für Ausschreibungen und Auftragsvergaben im Rahmen von Erschließungsverträgen durch den jeweiligen Erschließungsträger zu entscheiden.

(3) Die Wertgrenze nach §38 Abs. 6 KV M-V wird auf 50.000 € festgelegt. Verpflichtungserklärungen bzw. wiederkehrende Verpflichtungen bis zu dieser Wertgrenze können vom Bürgermeister allein bzw. durch einen von ihm beauftragten Bediensteten der Stadt in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt die Wertgrenze bei 50.000 €. Der Wert bei Miet-, Pacht-, Dauerlieferungsverträgen oder sonstigen auf längere Zeit abgeschlossenen Verträgen wird durch die pro Jahr zu erbringenden Zahlungen ermittelt.

Erklärungen, durch welche die Residenzstadt Neustrelitz verpflichtet werden soll, können auch in elektronischer Form abgegeben werden unter der Maßgabe, dass die Erklärungen mit einer dauerhaft überprüfbaren qualifizierten Signatur versehen sind. Im Fall der elektronischen Signatur entfallen sowohl die handschriftliche Unterzeichnung als auch die Beifügung des Dienstsiegels.

(4) Der Bürgermeister entscheidet unter Beachtung von § 5 Absatz 4 über die Einstellung und Entlassung der den Amtsleitern nachgeordneten Beschäftigten der Stadt. Alle Beschäftigten werden durch den Bürgermeister ein- und höhergruppiert.

(5) Der Bürgermeister entscheidet über

1. das Einvernehmen nach § 14 Abs. 2 BauGB
(Ausnahme von der Veränderungssperre),
2. Anträge auf Zurückstellung von Baugesuchen sowie vorläufige Untersagungen nach § 15 Abs. 1 BauGB,
3. das Einvernehmen nach § 22 Abs. 5 BauGB
(Teilungsgenehmigung in Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktion),
4. das Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben),
5. die Genehmigungen nach § 144 Abs. 1 und 2 BauGB,
6. die Genehmigung nach § 173 Abs. 1 BauGB,
7. die Anordnung von Maßnahmen nach § 176 Abs. 1, § 177 Abs.1, § 178 und § 179 Abs. 1 BauGB,
8. Stellungnahmen im Rahmen der gemeindenachbarlichen Abstimmungen nach § 2 Abs. 2 BauGB,
9. Entscheidungen über Abweichungen von Festsetzungen nach § 67 Abs. 3 LBauO,
10. sonstige Stellungnahmen im Rahmen baurechtlicher Beteiligungsverfahren.

(6) Der Bürgermeister ist zuständig, wenn das Vorkaufsrecht (§§ 24 ff. BauGB) nicht ausgeübt werden soll.

(7) Der Bürgermeister entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen bis 99,99 €.

§ 9 **Gleichstellungsbeauftragte**

Die Gleichstellungsbeauftragte ist hauptamtlich tätig.

§ 10 **Entschädigung und Sitzungsgeld**

- (1) Der Stadtpräsident erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 600 €/Monat.
- (2) Die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 250 €/Monat.
- (3) Der Bürgermeister erhält eine Aufwandsentschädigung von 190 €/Monat.
- (4) Der 1. und 2. Stellvertreter des Bürgermeisters erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 360 €/Monat.
- (5) Die Stadtvertreter, Ausschussmitglieder oder deren Vertreter und die sachkundigen Einwohner erhalten eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung von 40 €/Sitzung.
- (6) Ausschussvorsitzende und deren Vertreter erhalten für jede von ihnen geleitete Sitzung eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung von 60 €/Sitzung.
- (7) Die Ortschaftsratsvorsitzenden erhalten eine Aufwandsentschädigung von 180 €/Monat.
- (8) Ortschaftsratsmitglieder erhalten eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40 €/Sitzung.
- (9) Die Stadtvertreter erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 120 € zusätzlich zur sitzungsbezogenen Aufwandsentschädigung, sofern sie keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung der Stadt empfangen.
- (10) Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige erhalten für Dienstreisen eine Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz.
- (11) Vergütungen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen aus einer Tätigkeit als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat oder ähnlichen Organen eines Unternehmens oder Einrichtungen des privaten Rechts, sind an die Stadt abzuführen, soweit sie den Betrag von 400 € pro Sitzung oder im Monat übersteigen.
Dies gilt nicht für Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit nachweislich entstanden sind. Führt ein Vertreter der Stadt den Vorsitz in den in Satz 1 genannten Gremium, sind die Vergütungen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen an die Stadt abzuführen, soweit sie den Betrag von 750 € pro Sitzung oder im Monat übersteigen; Satz 2 gilt entsprechend.

§ 11

Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Satzungen sowie sonstige öffentlichen Bekanntmachungen der Residenzstadt Neustrelitz, die durch Rechtsvorschriften vorgegeben sind, werden im amtlichen Bekanntmachungsblatt „Strelitzer Echo“ öffentlich bekannt gemacht. Dieses erscheint alle 3 Wochen und wird kostenlos an alle Haushalte in der Residenzstadt Neustrelitz verteilt. Daneben ist sie einzeln oder im Abonnement zu beziehen über die Adresse:

Residenzstadt Neustrelitz
Markt 1
17235 Neustrelitz.

- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung von Sitzungen der Stadtvertretung werden mindestens drei Tage vor der Sitzung durch Aushang an der Bekanntmachungstafel im Foyer des Rathauses, Markt 1, 17235 Neustrelitz, öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Im Rahmen der öffentlichen Zustellung und bei einer vereinfachten Bekanntmachung werden Schriftstücke an der Bekanntmachungstafel im Foyer des Rathauses Markt 1, 17235 Neustrelitz ausgehängt.
- (4) Für Satzungen und sonstige Bekanntmachungen aufgrund von Vorschriften des BauGB gilt Absatz 1. Die zusätzlichen Internetbekanntmachungen nach den Vorschriften des BauGB erfolgen über die Internetseite: www.neustrelitz.de.
- (5) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist wie im Absatz 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (6) Ist die öffentliche Bekanntmachung infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist diese durch Aushang an der Bekanntmachungstafel im Foyer des Rathauses, Markt 1 in 17235 Neustrelitz zu veröffentlichen. Die Aushangfrist beträgt 14 Tage. In diesen Fällen ist die Bekanntmachung in der Form nach Absatz 1 unverzüglich nachzuholen, sofern sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.
- (7) Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Stadtvertreter Sitzungen sind über die Internetseite www.neustrelitz.de einzusehen.

§ 12

Ortsteilvertretungen

- (1) Zum Gebiet der Residenzstadt Neustrelitz gehören die beiden eingemeindeten Ortsteile Fürstensee und Klein Trebbow
- (2) In den Ortsteilen Fürstensee und Klein Trebbow werden Ortsteilvertretungen mit der Bezeichnung Ortschaftsräte, bestehend aus 5 Einwohnern gebildet. Der Vorsitzende trägt die Bezeichnung Ortschaftsratsvorsitzender.
- (3) Die Zusammensetzung der Ortsteilvertretungen folgt dem Verhältnis der Besetzung der Stadtvertretung. Beim Wahlverfahren findet das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt Anwendung.

§ 13 Sprachformen

Soweit in dieser Hauptsatzung Funktions-, Amts-, Organ- und Behördenbezeichnungen in der männlichen Sprachform verwendet werden, gelten diese Bezeichnungen für alle Geschlechter.

§ 14 Inkrafttreten

- (1) §10 der Hauptsatzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2020 in Kraft.
- (2) Im Übrigen tritt die Satzung am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (3) Gleichzeitig tritt die am 31.01.2019 beschlossene Satzung außer Kraft.

Neustrelitz, 10.06.2020

Andreas Grund
Bürgermeister der Residenzstadt Neustrelitz

Siegel